

**BESCHLUSSBUCH DER  
LANDESDELEGIERTENKONFERENZ DER SCHWUSOS BERLIN  
AM 27. MÄRZ 2014**

Landesarbeitsprogramm	1
Neuer Name unserer Arbeitsgemeinschaft	5
Gleichstellung/Gendertraining	6

# BESCHLUSSBUCH DER LANDESDELEGIERTENKONFERENZ DER SCHWUSOS BERLIN AM 27. MÄRZ 2014

## LANDESARBEITSPROGRAMM

---

Antrag Nr. 01/I/2014

Die Landesdelegiertenkonferenz der Schwusos Berlin hat beschlossen:

### Landesarbeitsprogramm der Berliner Schwusos 2014 - 2016

#### 1. Einleitung

Die Schwusos Berlin sind die Landesarbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD. Wir machen uns stark für eine ernsthafte Auseinandersetzung mit lesbisch-schwulen und queeren Politikthemen in der SPD und im Land Berlin. Dabei lassen wir andere Bereiche nicht außer Acht, da unser Verständnis von queerer Politik vielfältig ist und Querschnittsthema ist. So wollen wir die Verankerung der Lesben, Schwulen, Bisexuellen und trans- und intergeschlechtlichen Menschen in der SPD weiter ausbauen.

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, die auch ohne Verfassungsauftrag begreift, dass sie verarmt, wenn sie Menschen ausgrenzt und sich somit selbst ihrer Zukunftschancen beraubt.

Gemeinsam mit der SPD in all ihren Facetten, den Gremien, den Arbeitsgemeinschaften und den Mandatsträger\_innen setzen wir uns für ein unverkrampftes und tolerantes Verhältnis zwischen heterosexuellen und queeren Menschen ein.

Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir auch mit allen Akteur\_innen der queeren Community, befreundeten Organisationen und staatlichen Institutionen in Berlin zusammenarbeiten.

Für die nächsten zwei Jahre haben wir uns viel vorgenommen. Das Arbeitsprogramm soll ein Leitbild sein, das durch aktuelle Themen ergänzt wird.

#### 2. Landespolitische Schwerpunkte

##### 2.1 Initiative sexuelle Vielfalt (ISV)

Der Kern unserer Arbeit ist die Umsetzung der Initiative »Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt« (ISV), die seit 2009 im Abgeordnetenhaus beschlossen und fortgeschrieben wurde. In den nächsten zwei Jahren müssen wir koordiniert vorgehen, damit im Doppelhaushalt 2016 – 2017 die ISV erfolgreich weitergeführt werden kann.

Der Landesverband muss die Wichtigkeit der ISV gegenüber der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus für unsere Stadt deutlich aufzeigen. Wir müssen in den nächsten zwei Jahren allen Fraktionsmitgliedern regelmäßig Informationen über die Vielschichtigkeit der ISV zukommen lassen, damit eine Fortführung im nächsten Doppelhaushalt vorbereitet kann. Es ist wichtig, dass wir den Arbeitskreis ISV der Schwusos Berlin weiterführen und mit neuen Schwerpunkten ausstatten.

Den Kreisen kommt eine zentrale Bedeutung zu: Sie sind Ansprechpartner für die ISV-Projekte in den Bezirken und sollen werbend für die Initiative gegenüber den SPD-Entscheidungsträger\_innen (MdA, MdB, Mitglieder des Bezirksamts und der Bezirksverordnetenversammlung) auftreten.

Die acht von uns erarbeiteten ISV-Anträge werden zur Zeit in den Arbeitskreisen der SPD-Fraktion behandelt. Mit Unterstützung des queerpolitischen Sprechers muss der Landesverband auf eine baldige Einbringung ins Abgeordnetenhaus hinwirken. Erst durch die Verzahnung aller Anträge kann die Weiterführung der ISV ihre volle Wirkung entfalten.

Folgende acht Bereiche sind Bestandteile zur Weiterführung der ISV in den kommenden Jahren:

- **Bildung, Jugend und Aufklärung:** Diskriminierung und Ausgrenzung kann nur durch Bildung und Aufklärung zu unterschiedlichen Lebensweisen entgegengewirkt werden. Unsere ISV-Anträge setzen

# BESCHLUSSBUCH DER LANDESDELEGIERTENKONFERENZ DER SCHWUSOS BERLIN AM 27. MÄRZ 2014

ganzheitlich an und beziehen in diesen Prozess Kinder, Eltern und pädagogisches Personal gleichermaßen ein.

- **Verwaltung im Land Berlin:** Diversity muss (unter besonderer Berücksichtigung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt) verbindlicher Bestandteil der Ausbildung in den Berliner Verwaltungen werden. Begonnene Schulungen und Fortbildungen von Schlüsselpersonen müssen fortgesetzt werden. Mittelfristig müssen alle Führungskräfte über Kompetenzen im Bereich sexueller und geschlechtlicher Vielfalt verfügen.
- **Gegen Gewalt und Diskriminierung:** Angelehnt an die Praxis des Menschenrechts-*Monitoring*, muss ein Konzept zur Dokumentation von Diskriminierung und vorurteilsmotivierter Gewalt gegenüber LSBTIQ entwickelt und umgesetzt werden, das auf die systematische Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Institutionen setzt. Zudem müssen Kampagnen stärker gefördert werden, die die Anzeigebereitschaft von Opfern homophober oder transphober Gewalt und Diskriminierung erhöhen. Fortbildungs- und Sensibilisierungsangebote zum Thema Diversity müssen bei der Polizei, Feuerwehr und Justiz durchgeführt bzw. ausgebaut werden.
- **Wissenschaft und Forschung:** Die Aufarbeitung der Geschichte der Emanzipation und auch der Verfolgung Homosexueller in Berlin und Deutschland ist auch eine Aufgabe für die Zukunft. Der Bereich Forschung braucht politische und finanzielle Unterstützung, die die ISV in Berlin an verschiedenen Stellen gewährleisten soll.
- **Rechtliche Gleichstellung:** Berlin muss auch weiterhin seiner Vorreiterrolle gerecht werden und sich auf Bundesebene für eine rechtliche Gleichbehandlung von Regenbogenfamilien und Lebenspartnerschaften einsetzen.
- **Internationale Zusammenarbeit und Dialog:** Berlin soll seine Städtepartnerschaften weiterhin nutzen, um queerpolitische Akzente zu setzen und für Respekt gegenüber LSBTIQ zu werben. Berlin muss die Zusammenarbeit und den Austausch mit Städten verstärken, die ähnliche Aktionspläne wie die Initiative Sexuelle Vielfalt besitzen, um nach dem Best-Practice-Verfahren selbst Verbesserungen vornehmen zu können. Der queere Tourismus in Berlin sowie LSBTI-Großveranstaltungen sollen von Verwaltung und Politik in Berlin unterstützt werden.
- **Trans- und Intersexualität:** Transgeschlechtliche und intergeschlechtliche Menschen müssen vor allem mit Würde und Respekt behandelt werden. Intergeschlechtliche Menschen dürfen in ihrer Selbstbestimmung nicht durch voreilige Operationen behindert werden. Die Bestimmung der eigenen Geschlechtsidentität und des Geschlechtsausdrucks kann nur bei der einzelnen Person selbst liegen. Die ISV fordert zudem eine medizinische Versorgung transgeschlechtlicher Menschen nach dem heutigen wissenschaftlichen Erkenntnisstand und unter Einbeziehung der Beteiligten.
- **Gesundheit und Soziales:** Auch die LSBTIQ-Community wird älter. Dem muss Rechnung getragen werden durch Aus- und Fortbildung von Pflegepersonal in Sachen Diversity, sowie durch politische und strukturelle Unterstützung von queeren Wohnprojekten in Berlin. Gesundheit ist immer auch Frauengesundheit und Männergesundheit. Insofern ist zu untersuchen, ob zielgruppenspezifische Vorsorgeangebote für queere Menschen zu entwickeln sind. Dazu soll die ASG intensiv konsultiert werden.

## 2.2 Gesundheit und Prävention

Weiterhin müssen die Programme zur Prävention von mit HIV infizierten bzw. an AIDS erkrankten Menschen und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten sowie zur Unterstützung dieser Menschen weiterentwickelt werden.

Dies beinhaltet auch die Thematik „Strategien gegen die Diskriminierung von Menschen mit HIV und AIDS“ innerhalb der Queer-Community.

## 2.3 Queerpolitik in den Bezirken

Wir treten für die Initiierung und Stärkung queerpolitischer Initiativen und Aktionen in den Bezirken ein, um die Belange von queeren Menschen auf kommunaler Ebene wahrzunehmen und zu vertreten. Queere

# BESCHLUSSBUCH DER LANDESDELEGIERTENKONFERENZ DER SCHWUSOS BERLIN AM 27. MÄRZ 2014

Menschen sollen auch auf der kommunalen Ebene Ansprechpersonen haben und gemeinsam Angebote entwickeln können.

Dazu schlagen wir vor, in allen SPD-Fraktionen der Bezirksverordnetenversammlungen queerpolitische Sprecher\_innen zu wählen und in allen Bezirksämtern Beauftragte für die Belange von queeren Menschen oder besser, Beauftragte für Vielfalt, zu etablieren. Alle Bezirke müssen die Möglichkeit bekommen an der Initiative „Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ zu partizipieren. Die Gründung von bürger\_innen-offenen bezirklichen Arbeitsgemeinschaften zu den Belangen der LSBTIQ soll durch die Bezirksämter und die Bezirksverordnetenversammlungen initiiert und unterstützt werden.

Dazu regen wir an, dass alle Berliner Bezirke dem Beispiel von Lichtenberg, Mitte, Pankow und Treptow-Köpenick folgen und die Charta der Vielfalt unterzeichnen und sich so bundesweit mit anderen Verwaltungen und Organisationen vernetzen, die davon überzeugt sind, dass ‚gelebte Vielfalt und Wertschätzung dieser Vielfalt‘ eine ‚positive Auswirkung auf die Gesellschaft in Deutschland‘ hat.

Der Landesvorstand der Schwusos unterstützt die Vernetzung und den Informationsaustausch zwischen den Bezirken.

Er wird zudem in enger Zusammenarbeit mit allen Schwuso-Kreisen die bisherigen Erfahrungen mit queerpolitischen Initiativen auf Bezirksebene diskutieren und darauf aufbauend ein Best-Practice Leitbild für queere Kreispolitik entwickeln.

## **2.4 Landesverband im Ausbau**

Queere Mitglieder sollten in allen Kreisen der Partei organisiert sein. Mit den letzten Neugründungen sind wir mittlerweile in 10 Kreisen vertreten. Zwei weitere, nämlich Reinickendorf und Marzahn-Hellersdorf, sollen folgen.

Durch die Anerkennung als Arbeitsgemeinschaft arbeiten wir auf Landesebene 2014-2016 erstmals über ein Delegiertensystem zusammen. Die neuen Richtlinien haben Auswirkungen auf die Arbeitsweise, die wir gemeinsam erproben und entwickeln werden.

Diversität ist auch bei den Schwusos nach wie vor eine Herausforderung.

Wir müssen uns folgenden Fragen stellen:

- Wie können wir mehr lesbische und bisexuelle Frauen für die AG Schwusos gewinnen?
- Fühlen sich trans- und intersexuelle Menschen in der SPD und insbesondere bei den Schwusos willkommen und in ihren Belangen angemessen vertreten?
- Wie müssen wir unsere Strukturen und Arbeitsweisen verändern, um Beteiligungsmöglichkeiten für queere Alleinerziehende und Regenbogenfamilien zu gewährleisten?
- Wie können wir den Mitgliedern in Kreisen mit einer schwachen Struktur helfen?
- Müssen wir die Entscheidungsstrukturen verändern, damit unsere Außendarstellung besser wird?
- Wie können wir unser Miteinander in der Arbeitsgemeinschaft nachhaltig verbessern?

## **2.5 Gemeinsame Veranstaltungen und internationale Partnerschaft**

Auch in den kommenden zwei Jahren werden sich die Schwusos Berlin an den klassischen bzw. traditionellen Veranstaltungen in Berlin beteiligen. Hierzu gehören:

- Lesbisch-Schwules Stadtfest in Schöneberg
- Christopher-Street-Day
- Lesbischschwules Parkfest im Volkspark Friedrichshain
- Respect Gaymes im Ludwig-Jahn-Sportpark

In der Legislatur 2014-2016 soll im Rahmen der Verleihung des Magnus-Hirschfeld-Preises ein Empfang der AG Schwusos Berlin stattfinden.

# BESCHLUSSBUCH DER LANDESDELEGIERTENKONFERENZ DER SCHWUSOS BERLIN AM 27. MÄRZ 2014

Zur Vernetzung innerhalb der Kreise als auch auf Landesebene dienen die vielen Stammtische der einzelnen Kreisarbeitsgemeinschaften. Ein regulärer Kreisstammtisch könnte zu einem landesweiten Stammtisch umgewidmet werden. Dies stellt sicher, dass im Laufe der Legislatur auch die einzelnen Landesvorstandsmitglieder in den verschiedenen Kreisen den Kontakt halten.

Die Schwusos müssen künftig nicht nur nach innen, sondern verstärkt nach außen wirken. Hierzu sollen im Rahmen „Schwusos vor Ort“ Projekte und Träger besucht werden. Ziel ist es, sich unmittelbar einen Eindruck über die Arbeit zu verschaffen und sich ggf. auch über Schwierigkeiten zu informieren.

Die im Januar 2014 geschlossene Partnerschaft mit der SoHo Wien (Sozialdemokratie & Homosexualität - Arbeitsgemeinschaft für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender-Personen) umfasst die Themen Arbeitsplatz, Leben im Alter, Regenbogenfamilien, Migrantinnen und Migranten, Schule – LehrerInnen-aus- und -weiterbildung, kommunale Konzepte zu Trans- und Intergeschlechtlichkeit, Kampagne gegen Diskriminierung, Homophobie, Transphobie und Gewalt. Diese neue Partnerschaft sollte nun mit konkreten Aktivitäten entwickelt werden.

### **3. Bundespolitische Forderungen der Schwusos Berlin**

Die Berliner Schwusos begleiten die Große Koalition auf Bundesebene in kritischer Solidarität. Unsere acht Bundestagsabgeordneten sind unsere Hauptansprechpartner\_innen dafür. Gemeinsam mit dem Bundesvorstand der Schwusos werden wir uns dafür einsetzen, dass wir von der SPD-Bundestagsfraktion einen Fahrplan für die vollständige Gleichstellung bekommen werden: Wir wollen nicht wissen, was nicht geht - wir wollen wissen, was wann geht!

Auch setzen wir uns dafür ein, dass sich das Land Berlin weiterhin im Bundesrat für die Belange der LSBTIQ-Menschen stark macht.

Unsere bundespolitischen Forderungen umfassen:

- Rehabilitierung und Entschädigung der nach §175 StGB Verurteilten – West wie Ost (§ 151);
- eine moderne Gesellschaft, in der unterschiedliche sexuelle Identitäten selbstverständlich gelebt werden können;
- die Öffnung der Ehe für lesbische und schwule Paare;
- die rechtliche Gleichstellung von Lesben und Schwulen vor allem im Steuerrecht sowie der Renten- und Sozialpolitik;
- eine moderne Familienpolitik, die Regenbogenfamilien als selbstverständlich und ausdrücklich gewünscht berücksichtigt;
- die völlige Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften und künftigen Ehen im Adoptionsrecht;
- die Aufnahme von „sexuellen Identität“ als Antidiskriminierungsmerkmal in den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes (Art. 3 Abs. 3 GG);
- die weltweite Ächtung der Homophobie und für die Yogyakarta-Prinzipien als Leitlinie für die Verhinderung der Verfolgung sexueller Minderheiten;
- Neufassung der Rechte trans- und intersexueller Menschen.

BESCHLUSSBUCH DER  
LANDESDELEGIERTENKONFERENZ DER SCHWUSOS BERLIN  
AM 27. MÄRZ 2014

**NEUER NAME FÜR UNSERE ARBEITSGEMEINSCHAFT**

---

**Antrag 03/I/2014**

**Die Landesdelegiertenkonferenz der AG Schwusos Berlin hat beschlossen:**

**Die Bundeskonferenz der Schwusos möge beschließen:**

**Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

Die Bezeichnung der „Schwusos“ soll von „Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD“ in „*Arbeitsgemeinschaft queerer Sozialdemokrat\_innen (QueerSozis)*“ geändert werden.

BESCHLUSSBUCH DER  
LANDESDELEGIERTENKONFERENZ DER SCHWUSOS BERLIN  
AM 27. MÄRZ 2014

**GLEICHSTELLUNG/GENDERTRAINING**

---

**Antrag Nr. 04/I/2014**

**Schwusos Pankow**

**Die Landesdelegiertenkonferenz hat beschlossen:**

**Die Bundeskonferenz der Schwusos möge beschließen:**

**Mehr Geschlechtergerechtigkeit bei der AG Lesben und Schwule in der SPD**

Die AG Lesben und Schwule in der SPD greift die aktuell in der Partei geführte Diskussion zu mehr Geschlechtergerechtigkeit auf, die zum Ziel hat, den Frauenanteil in der SPD-Mitgliedschaft zu erhöhen und die paritätische Besetzung aller Funktionen und Mandate zu ermöglichen.

Nachhaltige Verhaltensänderungen sind unabdingbar für den gleichberechtigten Umgang sowie den gleichberechtigten Zugang zu Funktionen und Mandaten von Frauen und Männern in der SPD. Deshalb verpflichtet sich die AG Lesben und Schwule in der SPD unter Hinzuziehung von Trägern der Fort- und Weiterbildung ein Gender- und Diversitytraining anzubieten, das allen interessierten Mitgliedern der AG offen steht. Die Teilnahme an diesem Gendertraining ist für alle geschäftsführenden Vorstände aller Ebenen der AG Selbstverpflichtung und durch Zertifikat nachzuweisen.